

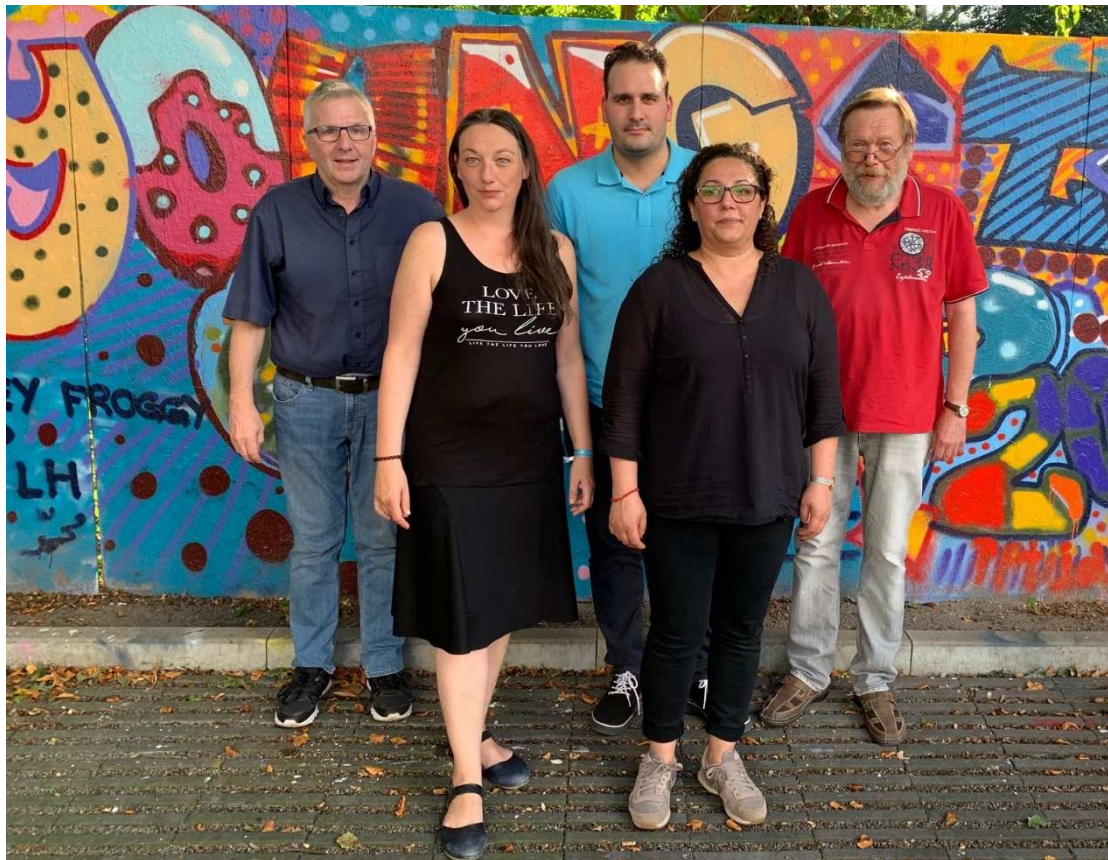


DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

September 2019

Unser neuer Vorstand



Vlnr.: Jürgen Olschok, Kerstin Fremder-Sauerbeck, Maurizio Kosinski, Suna Sahin, Wolfgang Strauß
Foto: Harald Singler

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe:
Freitag, 04.10.2019

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Neuer Bezirksvorstand	S. 2
Arbeitsprogramm	S. 2
Zwischenruf	S. 5
Kandidatur Wahlkreis 1	S. 6
Termine W'burg + Veddel	S. 8
Werbeblock ND/Disput	S. 9
Klimademo /Hartz IV	S. 10
Mietenpolitischer Ratschlag	S. 11
Termine / Kontakt	S. 10

Der neue Vorstand

Am 24.8.19 wurde im Kulturpalast Billstedt ein neuer Vorstand für den Bezirksverband DIE LINKE Hamburg-Mitte gewählt. Auf der Versammlung wurde dem neuen Vorstand ein Leitfaden für das künftige Agieren des Vorstandes an Hand gegeben. Dieser Leitfaden setzt sich zusammen aus zwei Anträgen, die auf der BMV behandelt wurden. Der rein politische Teil ist im Wesentlichen ein Auszug aus unserem Bezirkswahlprogramm mit dem Titel „**Klare Kante gegen soziale Spaltung**“ und entspricht dem Antrag von GenossInnen der Liste Links und anderen. Der organisatorische Teil mit dem Titel „**Für eine solidarische und aktive Erneuerung**

des Bezirks Mitte“ entspricht dem Antrag der BO-Wilhelmsburg. Das gesamte Dokument ist im folgenden Beitrag nachzulesen. Es wurde beschlossen, dass der inhaltliche Teil als Arbeitsprogramm für den Bezirksverband veröffentlicht wird, der organisatorische Teil stattdessen dem Selbstverständnis des Vorstands dient. Der neue Vorstand fühlt sich an dieses Dokument gebunden und wird alles dafür tun möglichst viel davon umzusetzen. Im nächsten MitNemang werden sich die einzelnen Vorstandsmitglieder noch einmal kurz vorstellen.

i.A. des neuen Vorstandes
Wolfgang Strauß (BO Billstedt)

Klare Kante gegen soziale Spaltung - Solidarisch für soziale Gerechtigkeit und Frieden

Arbeitsprogramm DIE LINKE Hamburg-Mitte 2019 bis 2021

Die Welt ist tief sozial gespalten, besonders hier in Hamburg und im Bezirk Mitte verdichten sich die Widersprüche und Herausforderungen der kapitalistischen Gesellschaft. Auf der einen Seite gibt es die Hafencity und die Zahl der Einkommensmillionäre wächst (Verdoppelung in den letzten 15 Jahren!). Luxusprojekte wie Elbphilharmonie und „Elbtower“ sowie die Aufwertung immer weiterer Stadtteile spitzen die Ungleichheit zu. Auf der anderen Seite haben wir immer mehr sozial, infrastrukturell und kulturell benachteiligte Stadtteile, bundesweit hat sich die Anzahl der in Armut aufwachsenden Kinder ebenfalls verdoppelt. Der Hafen ist „Tor zur Welt“ und Ort kulturellen Austauschs und internationaler Solidarität, andererseits werden hier Waffen produziert und in alle Welt verschifft - wo sie Tod und Verzweiflung bringen und zur Flucht zwingen. Prekär existierende Menschen, wie Hartz-IV-Betroffene, Aufstocker, Multijobber und (Schein-)Selbständige, werden durch die neoliberale Politik von CDU, FDP, SPD und Grünen ähnlich drangsaliert und entwürdigt wie Geflüchtete. Die AfD will all dies noch verschärfen.

DIE LINKE Hamburg-Mitte hingegen kämpft mit der Bevölkerung zusammen für eine grundsätzliche Politikwende: Die Musical-Seilbahn und Kommerz-Olympia erhielten bereits deutliche Absagen, die G20-Proteste fanden hauptsächlich hier statt, die Solidarität mit Geflüchteten ist weiterhin groß. Aktive führen Volksentscheide zur Beendigung der Rüstungsexporte, und zur Streichung der „Schuldenbremse“ aus der Hamburgischen Verfassung durch. Es wird für ein humanes

Gesundheitswesen und gute Pflege protestiert wie auch für bezahlbaren Wohnraum und eine menschen- und klimagerechte Stadtentwicklung. Auf Grund der sehr guten Ergebnisse bei den Bezirks-, Bürgerschafts- und Bundestagswahlen ist unsere Oppositionsverantwortung gewachsen, daraus wollen wir mit diesem Arbeitsprogramm politische Konsequenzen ziehen.

Wir wollen in der Bezirksversammlung und außerparlamentarisch sowie in die Partei hinein für gesellschaftlichen Aufbruch wirken: Für echte soziale Verbesserungen, Frieden, gegen Rechts und den Ausbau demokratischer Beteiligung. Wir laden alle ein, dieses aktive, hoffnungsfrohe Leben mit uns zu verwirklichen, denn der eigentliche Reichtum sind wir: die Menschen dieser Stadt, die sich keinerlei Entwürdigung gefallen lassen, sich zusammenschließen, um die Welt menschenwürdig zu machen, dafür voneinander lernen und Initiative ergreifen. So erkämpfen wir das Menschenrecht - in dieser Stadt und darüber hinaus!

1. Von Hamburg muss Frieden und Völkerverständigung ausgehen!

Die Beendigung aller Kriege ist die erste Voraussetzung dafür, dass es allen Menschen besser geht. Wir setzen uns als Teil der Friedensbewegung dafür ein, dass Hamburg »im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt« (Hamburger Verfassung) wird. Daher wenden wir uns generell gegen Standortkonkurrenz und gegen Drohungen anderen Ländern gegenüber – Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.

- Wir treiben die Initiative von ICAN voran, damit die Bundesrepublik dem UN-Vertrag zum Verbot

der Atomwaffen beitrifft. Bezirksvorstand und Fraktion sollen Aktivitäten für einen entsprechenden Beschluss in den Bezirksversammlungen vorbereiten und dafür wirken, dass Hamburg-Mitte den ICAN-Städteappell unterschreibt, wie bereits knapp 50 bundesdeutsche Städte.

- Wir unterstützen aktiv den Volksentscheid für das Verbot von Waffenexporten über den Hamburger Hafen.

- Wir kämpfen mit der Zivilklauselbewegung, „Bildung ohne Bundeswehr“ und friedenspolitisch engagierten Gewerkschaftern für die Umstellung auf ausschließlich zivile Produktion und Wissenschaft. Bundeswehr raus aus Schulen und Hochschulen sowie Arbeitsagenturen und insgesamt dem öffentlichen Leben!

- Das militaristische „Tamm-Museum“ muss durch ein Museum für Frieden und Völkerverständigung ersetzt werden.

2. Schluss mit Schuldenbremse und Agenda 2010 – Für menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherheit für alle!

Nach Jahren der Kahlschlagspolitik (Brückeneinsturz in Genua!) wird die „Schwarze Null“ zunehmend und bis in herrschende Kreise und die Regierungsparteien in Frage gestellt. Es ist Zeit, dass der Staat aus der neoliberalen Zange befreit wird: soziale und infrastrukturelle Investitionen statt Privatisierung! Das Hartz-IV-System ist menschenverachtend und muss überwunden werden. An seine Stelle muss eine sanktionsfreie Mindestsicherung treten, die ein menschenwürdiges Leben ohne Armut ermöglicht. - Wir beteiligen uns an der Kampagne zur Streichung der Schuldenbremse aus der Hamburger Verfassung.

- Wir unterstützen die Proteste im Pflegebereich und wollen die Rekommunalisierung der Krankenhäuser vorantreiben. Dafür initiieren wir eine zweite Fachtagung zur Gesundheitspolitik.

- Wir unterstützen Proteste für guten und günstigen Wohnraum. Wir fordern: Leerstand zu Wohnraum, damit kein Mensch mehr wohnungs- oder obdachlos leben muss. Wo private Wohnungskonzerne und andere Eigentümer dies verhindern, machen wir Druck, dass Enteignungen als Mittel angewendet werden. Mit der Bezirksfraktion prüfen wir eine Initiative für die Gemeinwohlpflichtung der SAGA-Gruppe.

- Wir kämpfen für die Überwindung der Schikanierung per Gesetz und aller weiteren Maßnahmen der Agenda 2010 – auf allen politischen Ebenen. Vor allem bedarf es konsequenter Maßnahmen für Vollbeschäftigung. Dazu zählt für uns der gewerkschaftliche Kampf für Arbeitszeitverkürzung

bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

- Der Mindestlohn muss deutlich erhöht werden, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sowie gewerkschaftliche Rechte müssen für alle gelten – auch für Strafgefangene. Solidarität zählt!

3. Bildung und Kultur für alle!

Ob Hartz-IV-Empfängerin, Geflüchteter, Rollstuhlfahrerin oder Kind betuchter Eltern: Bildung und Kultur müssen für alle Menschen (barriere-)frei zugänglich sein, damit alle Menschen sich das Erbe der Menschheit aneignen und ihre Persönlichkeit als mündige Bürger_innen entwickeln können. Dies ist die Grundlage einer Gesellschaft, die auf Emanzipation und Solidarität setzt statt auf Ausgrenzung und Konkurrenz.

- Wir bleiben dabei: „Eine Schule für alle“! Die Abschaffung von Studien- und Kita-Gebühren konnte erreicht werden, nun muss die Inklusion vorangetrieben werden, u.a. dafür braucht es mehr Mittel.

- Für die gesellschaftliche Teilhabe Aller und steigende Lebensqualität brauchen wir in den Stadtteilen gut ausgestattete und kostengünstige soziale Einrichtungen wie Begegnungs- und Kulturzentren, Schwimmbäder und Bücherhallen, Parks und inklusive Sportstätten.

- Wir wollen Stadtteilkultur als lebensnahen, multikulturellen und inklusiven Reflexions- und Gestaltungsraum von unten stärken.

Der Bezirksvorstand nimmt Kontakt zur Bezirksfraktion und den Stadtteilgruppen für die Bündelung entsprechender Aktivitäten auf. So potenzieren wir unsere Kräfte!

4. Entschieden gegen Rechte Hetze - für soziale Gleichheit und internationale Solidarität!

Kein Hartz-IV-Empfänger wird weniger gedemütigt und kein zusätzlicher Arbeitsplatz entsteht, wenn auf der Flucht befindliche Mitmenschen abgeschoben oder im Mittelmeer ermordet werden. Wir kämpfen für soziale Gleichheit und lassen nicht zu, dass Menschen degradiert und gegeneinander aufgehetzt werden. In Gegnerschaft zum Konkurrenzprinzip führen wir den „Kampf um die Köpfe“ zur Herausbildung eines Lagers der Solidarität – für die politische Durchsetzung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle.

- Wir fordern das Verbot aller faschistischen Organisationen und setzen uns für die Schließung von Nazi-Läden in Hamburg-Mitte ein. Der Bezirksvorstand wird Initiativen mit Abgeordneten und Interessierten aufbauend auf den Erfahrungen in Barmbek unternehmen. Wir treten dafür

ein, dass Demonstrationen und Infotische der extremen Rechten in Hamburg-Mitte nicht genehmigt werden.

- Wir wollen gemeinsam mit der Bezirksfraktion eine „Woche des Gedenkens“ in Hamburg-Mitte erreichen.

- Mit unserem Engagement für Frieden und gegen Rechts kämpfen wir dafür, dass kein Mensch mehr fliehen muss. Gleichzeitig streiten wir gemeinsam mit Geflüchteten für die volle Wiederherstellung des Asylrechts, den Ausbau des Bleiberechts und das aktive und passive Wahlrecht für alle, die hier leben wollen.

5. Sozial-ökologischer Umbau: Die Umweltfrage ist Systemfrage

Der Klimawandel zeigt immer deutlicher seine gefährliche Dimension. Es ist unverkennbar: Die Menschheit kann diese Herausforderung nur in Überwindung des kapitalistischen Profitstrebens positiv entscheiden. Die Versorgung aller Menschen mit essentiellen Voraussetzungen des Lebens wie sauberem Wasser, gesunder Nahrung, unverseuchter Luft, klimagerechter Energie und Mobilität muss öffentlich organisiert und garantiert werden.

- Wir engagieren uns für die Rekommunalisierung der Energieversorgung und den Umstieg auf erneuerbare Energie. Wir wollen Atomtransporte durch Hamburg unterbinden.

- Wir stellen uns weiter gegen die Elbvertiefung, die nur Gefahren und Zerstörung bringt. Schiffe sollen in den Hafenanlagen mit Landstrom versorgt werden.

- Der Personen- und Güterverkehr muss von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Der ÖPNV muss massiv ausgebaut und zum Nulltarif zur Verfügung gestellt werden. Fahrradwege müssen flächendeckend und sicher (!) sein.

(Ersetzend eingefügt: Antrag der BO Wilhelmsburg/Veddel, red)

6. Für eine solidarische und aktive Erneuerung des Bezirks Mitte

Die Kultur des Bezirksverbands Hamburg Mitte ist seit Jahren durch wenig ansprechende Bezirksmitgliederversammlungen geprägt. Wichtige BOs schwächeln, Neumitgliedern fällt es schwer, sich einzubringen und die politische Arbeit im Bezirk ist auf nur wenige Schultern verteilt. Mit dem erfreulichen Übergang einiger bisheriger Vorstandsmitglieder in die neue Bezirksfraktion hat sich diese Situation für die Partei verschärft. Gleichzeitig hat sich unsere verstärkte Fraktion

erfolgreich konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Ein Neuaufbruch steht an, diesen sollten wir dafür nutzen, uns weiter in Richtung einer aktiven Mitgliederpartei zu entwickeln und stärker nach Außen aufzutreten.

1. Für attraktive Mitgliederversammlungen

Die Bezirksmitgliederversammlungen in Mitte sind im Verhältnis zur Größe des Bezirks nicht sehr gut besucht. Es gibt eine große Unzufriedenheit mit dem bestehenden Format der Versammlungen, auf denen Tagesordnungs- und Antragsdebatten sehr viel, nach Außen gewendeter Aktionen und den Belangen der BOs hingegen sehr wenig Raum gewährt wird. Ein Kritikpunkt ist zudem die Länge der BMVs. Um die Attraktivität der Mitgliederversammlungen zu erhöhen und auch berufstätigen Genoss*innen, Alleinerziehenden u.a. die Teilnahme zu ermöglichen, wird deshalb beschlossen:

- Es findet alle 2 Monate Mitgliederversammlungen statt. Beschlussfähige ordentliche Bezirksmitgliederversammlungen alternieren mit öffentlich beworbenen, durch den Vorstand strukturierten Themenveranstaltungen, zu denen auch nicht-Parteimitglieder eingeladen sind. Diese finden bevorzugt in Kooperation mit anderen Organisationen, Initiativen oder Bewegungen statt.
- Bezirksmitgliederversammlungen und Mitgliedertreffen beginnen wie bisher nach Möglichkeit um 18:30 Uhr
- Nach 22 Uhr werden keine Beschlüsse mehr gefasst oder Wahlen durchgeführt.

2. Die Zusammenarbeit von Vorstand, BOs und Bezirksfraktion verbessern

Die Zusammenarbeit von BOs, Vorstand und Fraktion hat in der Vergangenheit nicht immer gut funktioniert. Dies wollen wir ändern und die Zusammenarbeit deshalb intensivieren. Wir beschließen deshalb:

- Der Vorstand benennt eine Person als Kontaktperson zur Fraktion. Diese nimmt nach Möglichkeit an Fraktionssitzungen teil, bzw. informiert sich zumindest über anstehende Themen u. Beschlüsse.
- Die Fraktion benennt eine Person als Kontaktperson zum Vorstand. Diese nimmt nach Möglichkeit an den Vorstandssitzungen teil. Sollte dies nicht möglich sein, informiert sie sich zumindest über Themen u. Beschlüsse d. Vorstands und trägt diese Informationen in die Fraktion.
- Mindestens einmal im Jahr findet eine gemeinsame Klausur von Vorstand und Frakti-

on statt, zu der auch die Sprecher*innen d. BOs eingeladen werden. Auf dieser Klausur wird eine gemeinsame Jahresplanung beschlossen.

3. Mehr werden, aktiver werden

Die LINKE nutzt ihre Potentiale in Hamburg bisher nicht ausreichend. Wir müssen mehr werden und aktiver werden. Der Vorstand erarbeitet deshalb einen Plan, wie insbesondere junge Mitglieder aktionsorientiert eingebunden werden können. Der Vorstand definiert zudem Schwerpunktprojekte im Parteaufbau.

4. Diskriminierung bekämpfen

Der Vorstand benennt eine/n Ansprechpartner*in, die/der Beschwerden über sexistische, rassistische oder andere Diskriminierungsfälle im Bezirk entgegennimmt und bearbeitet. Dem Beschluss des Landesparteitags folgend entwirft der Vorstand einen Aktionsplan zur Prävention von Sexismus. Er greift hierfür auf externe Expertise feministischer Gruppen zurück.

5. Für einen arbeitsfähigen Vorstand

Der Bezirksvorstand ist ein Arbeitsgremium, das auf der Grundlage der Beschlüsse des Parteitags, der BOs und der BMV die Politik der LINKEN in Mitte gestaltet. Um dieser

Aufgabe gerecht zu werden, ist es notwendig, dass er seine Sitzungen in konzentrierter Arbeitsatmosphäre abhält. In der Vergangenheit wurden Vorstandssitzungen teilweise durch ausufernde Diskussionen mit Gästen so verzögert, dass ein konzentriertes Arbeiten nicht möglich war. Politische Debatten dieser Art sollten nicht auf Vorstandssitzungen, sondern unter Beteiligung aller Mitglieder in dem dafür vorgesehenen demokratischen Gremium, der BMV, geführt werden. Es wird deshalb beschlossen:

- Anträge an den Vorstand sind in schriftlicher Form einzureichen.
- *(dieser Absatz geändert mit Mehrheit, red)*. Vorstandssitzungen finden in der Regel mitgliederöffentlich statt. Der Vorstand ist berechtigt einzelne Teile der Sitzung - sofern sich dies begründet ergibt - nicht-öffentlich durchzuführen
- Im öffentlichen Teil werden die Anträge aus der Mitgliedschaft und den BOs sowie ggf. aktuelle Fragen diskutiert. Details der Umsetzung werden in konzentrierter Arbeitsatmosphäre unter Ausschluss von Gästen geplant. Der Vorstand kann weiterhin Gäste zu geschlossenen Sitzungen hinzuziehen, wenn ihm dies notwendig erscheint. Die Vertreter*innen d. Fraktion nehmen üblicherweise auch am geschlossenen Part der Sitzung teil.

Ein Zwischenruf aus Mümmelmannsberg

Brecht darf ich wohl zitieren (machen Alex, Kris, Thomas und Franzi auch): „kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein.“

Möglicherweise sogar Marx: „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt“.

Aus diesen zwei Zitaten erklärt sich wohl meine Berechtigung, Alex bei der Kandidatur zum Bezirksvorstand am 24.08.19 nach Ziel und Dauer seines Studiums sowie der Regelstudienzeit zu fragen. Das ist etwas ganz anderes als die Frage nach der Schuhgröße, die Kris ins Spiel brachte: Unter den Leuten, deren Interessen unsere Partei vertreten will, befinden sich Menschen aller möglichen Schuhgrößen – also sind auch Menschen aller Schuhgrößen bestens geeignet, diese zu vertreten. Anders ist es mit der Lebenssituation, dem **Sein**. Ich bedaure sehr, dass ein Genosse, der ein Amt anstrebt, nicht bereit ist, hierüber Auskunft zu geben. Sofern er der Auffassung ist, dass er in seinem Sein keine negativen Aspekte zu vertreten hat, gibt es keinen Grund die Aus-

kunft zu verweigern. Ich denke, dass jemand, der seit 12 Jahren ohne Abschluss studiert, nicht die bestgeeignete Person zur „Befreiung der Arbeiter“ ist. Ich möchte jedoch, dass wir in unseren Gremien bestgeeignete Personen haben; das könnte mit der jüngsten Wahl zum Bezirksvorstand gelungen sein.

Dass Studenten andere Proiritäten haben, als andere Menschen weiß ich aus eigener Erfahrung. Ich halte diese anderen Prioritäten auch für begründet – Menschen die Hochschulen finanzieren haben aber (wohl überwiegend) die Auffassung, dass ihr Geld möglichst effektiv eingesetzt werden sollte. Dazu gehört, dass Student*innen die ihnen gebotene Möglichkeit zur Bildung gut nutzen und dann den Platz für ihre Nachfolger*innen freimachen. Auch das weiß ich aus eigener Erfahrung, denn ich habe die letzten dreißig Jahre meines Arbeitslebens überwiegend mit der Unterstützung und Vertretung von Arbeitnehmer*innen ohne Hochschulabschluss verbracht.

Unsere Partei strebt an, das Leben von Menschen zu verbessern, die sich nicht auf der Sonnenseite des Lebens befinden. Um welche Menschen geht es? Unter den Erwerbstätigen wohl in erster Linie um Menschen mit geringem Einkommen, weiterhin um all die Leute, die von den sogenannten Transfer-Leistungen leben müssen, von ALG I und BAföG über Hartz IV bis zur Rente, und natürlich um all die Leute, die durch sämtliche Ritzten gefallen sind und damit noch mehr Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen. Um dies zu erreichen, müssen wir wirkmächtig werden. Dazu müssen wir unsere Partei in unserem Bezirk verankern und die Menschen von der Notwendigkeit überzeugen, unsere Partei zu wählen. Dies kann nur gelingen, wenn wir ihre drängendsten Probleme erkennen, Lö-

sungsmöglichkeiten für diese erarbeiten/entwickeln und ihnen glaubwürdig erläutern. Dazu ist es notwendig, dass wir auch (aber nicht nur) in unseren Gremien Leute haben, die die Situation dieser Menschen kennen – am besten aus eigener Erfahrung: „das Sein bestimmt das Bewusstsein“.

Abschließend: ich finde es sehr vorteilhaft, dass die GenossInnen aus dem UNI-Bereich ihr Wissen für unsere Partei zur Verfügung stellen, auch auf den Gebieten, die für die BewohnerInnen Mümmelmannsbergs nicht erste Priorität haben mögen. Ich halte es jedoch für recht negativ, wenn sie versuchen, Gliederungen unserer Partei zu dominieren.

gun / Mümmelmannsberg

Kandidatur Martin Dolzer für den Bürgerschaftswahlkreis 1



Liebe Genoss_innen, hiermit gebe ich meine Kandidatur für den Listenplatz 1 im Wahlkreis 1 bekannt.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ heißt es im Grundgesetz in Artikel 1. Jeder Mensch hat im Grunde die gleichen Bedürfnisse nach Frieden, respektvollem

Zusammenleben, sozialer Absicherung, gutem Wohnen, Gesundheit, kultureller Teilhabe, einer sicheren Rente, einer nicht vergifteten Umwelt und einem würdevollen Leben. Leider sind wir momentan weit davon entfernt, dass diese Bedürfnisse und Werte berücksichtigt werden. Die EU, die Regierung der Bundesrepublik und der Hamburger Senat betreiben vielmehr eine Politik, die nicht an den Interessen der Mehrheit der Menschen orientiert ist, sondern hauptsächlich an denen der großen Konzerne, von Investoren und starken Lobbygruppen.

Ich denke wir haben als DIE LINKE in Mitte und mit unserer Politik in der Bürgerschaft die Verantwortung, der investorenfreundlichen Wohnungs- und Baupolitik, dem Abbau von Sozialbindungen für Wohnraum, der weiteren Zerstörung des Klimas, Rüstungsexporten, der degradierenden Behandlung von Hartz IV EmpfängerInnen und prekär Beschäftigten, einer ausgrenzenden Sozialpolitik, der Reduzierung von Sozialarbeit und sozialen Projekten, einer

schlechten Rentenpolitik, einer menschenunwürdigen Flüchtlingspolitik, einer verwertungsorientierten Gestaltung der Bildung und der Privatisierung des Gesundheitswesens, eine menschenwürdige Perspektive und konkrete Projekte entgegzusetzen.

Nur gemeinsam mit den hier lebenden Menschen, Initiativen, sozialen Bewegungen, NGO's, Kirchen und Gewerkschaften können wir eine Zukunft entwickeln und durchsetzen, in der jeder Mensch würdig und ohne Ausgrenzung und Unterdrückung leben kann.

Dazu können wir am besten mit unserer täglichen Arbeit und als starke Opposition in der Bürgerschaft beitragen. Eine Regierungsbeteiligung halte ich in Hamburg in Anbetracht der neoliberalen Politik von Rot-Grün und den derzeitigen Kräfteverhältnissen für den falschen Weg. Dass wir aus der Opposition heraus entscheidend in Konflikte eingreifen können haben u.a. der Olympiaboykott und die Volksinitiative zum Rückkauf der Energienetze wie auch viele Anträge in den Bezirken und der Bürgerschaft gezeigt, die später von Rot-Grün nahezu 1zu1 übernommen wurden.

Wichtig ist meines Erachtens, dass wir die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern, der Bezirksfraktion, dem Bezirksvorstand und der Bürgerschaftsfraktion stärken und ein oder mehrere weitere/s Büro/s im Wahlkreis eröffnen, um die Anbindung an die Menschen zu verbessern.

Gerne möchte ich für den Wahlkreis meine Erfahrungen aus meinem Berufsleben sowie langer Zusammenarbeit mit Anwohner_innen, der Friedensbewegung, Migrant_innen- und

Geflüchteteninitiativen und Organisationen (u.a. aus Togo, Sudan, Elfenbeinküste, Ghana, Kamerun, Türkei, Kurdistan, Chile, Venezuela, Brasilien, Afghanistan und Kuba), Gewerkschaften, fortschrittlichen Akteur_innen in der Kirche und aus meiner Arbeit in der Bürgerschaftsfraktion einbringen.

Dabei finde ich besonders wichtig, die großen Themen Frieden, Soziales, Wirtschaftspolitik und Klimapolitik mit der Politik vor Ort ganzheitlich zu betrachten und diese Aspekte praktisch zu verbinden, anstatt sie gegeneinander zu stellen. Das tue ich auch in meiner jetzigen Praxis.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

Momentan bin ich unter Anderem federführend daran beteiligt eine Volksinitiative gegen Rüstungsexporte zu entwickeln, an der bereits Bündnispartner_innen wie die GEW, DFG/VK, das Hamburger Forum, die Initiative Rüstungsexporte stoppen, Akteur_innen aus der Kirche und von Verdi, NAV_DEM und DIDF beteiligt sind. In Hamburg und Umland produzieren mehr als 90 Unternehmen Rüstungsgüter. Meine Anfragen und solche der Bundestagsfraktionen haben ergeben. Dass allein drei Container und durchschnittlich 17,5 Tonnen pro Tag an Munition (Patronen, Raketen, CS Gas, Nebelwerfer etc.) sowie unzählige Panzer, Torpedos etc. durch den Hafen – also genau durch unseren Wahlkreis – exportiert werden. Die Munition geht unter Anderem nach Mexiko, Kolumbien und Sri Lanka. Diese Länder missachten die Menschenrechte systematisch. Zudem erhalten auch Saudi-Arabien und die Türkei aus Hamburg Rüstungsgüter, mit denen sie im Jemen (Saudi Arabien) sowie in Nordsyrien/Rojava und im Nordirak (Türkei) völkerrechtswidrige Kriege führen. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir uns in Mitte an der Volksinitiative beteiligen.

Im Bereich der Justizpolitik arbeite ich mit konkreten Vorschlägen für gute Resozialisierung um den Verwahrvollzug zu überwinden, für eine humane Gestaltung des Jugendvollzugs und die Durchsetzung des Offenen Vollzugs als Regelvollzug. Wir haben als Linke die Verantwortung dem vorurteilsbeladenem Law and Order Kurs der CDU und der Rechtspopulisten entschieden etwas entgegen zu setzen.

Im Bereich der Europapolitik habe ich u.a. gemeinsam mit der Lampedusagruppe und Cornelia Ernst im Europaparlament das erste „Refugee and Migrant Parliament“ initiiert und umgesetzt in dessen Abschlussresolution u.a. die Überwindung des unsozialen Dublinsystems und des Sterbens im Mittelmeer gefordert wird. Den

Bezirksfraktionen habe ich die Broschüre „EU und Bezirke – was hat das miteinander zu tun“ an die Hand gegeben. In mehreren Veranstaltungen im Rathaus habe ich die Rolle der EU und ihrer Außen- und Wirtschaftspolitik (TTIP/CETA) thematisiert. Denn nur ein ganzheitlicher Politikansatz kann Kriege und handelsbedingte Verwerfungen thematisieren und überwinden – die auch die gravierendsten Fluchtursachen sind – und Perspektiven eines respektvollen Zusammenlebens eröffnen.

Im Stadtteil mache ich u.a. gemeinsam mit meiner Mitarbeiterin Sozialberatung für Geflüchtete im Buttclub in St. Pauli, arbeite mit den Anwohner_innen der Hafestraße und der Wohlwillstraße im Bereich der Auseinandersetzungen im Stadtteil gegen Gentrifizierung und „Racial Profiling“, für soziales Wohnen, bin seit 2015 Anmelder des Lampedusazelt am Steindamm in St.Georg und bin mit dem Stadtteilzentrum Kölibri vernetzt. Zudem arbeite ich intensiv mit Anwält_innen zusammen sowie den von Repression und Prozessen im Zusammenhang mit den Protesten gegen G20 Betroffenen. Seit Jahren engagiere ich mich intensiv für die Menschenrechte in der Türkei und Kurdistan. Gemeinsam mit den Bundestagsabgeordneten Zaklin Nastic, Ulla Jelpke und Harald Weinberg sowie Mehmet Yildiz habe ich eine Spendenkampagne für eine Prothesenwerkstatt in Rojava/Nordsyrien, die mehr als zehntausend Minen- und Kriegsoffer betreut, begonnen.

Als Vorsitzender des Eingabenausschusses kämpfe ich gemeinsam mit Christiane Schneider für das Bleiberecht und gegen Abschiebungen der Petent_innen: Im Bereich der sozialen Eingaben setze ich mich in unzähligen Einzelfällen für die Würde der Petent_innen zum Beispiel in Fragen der Wohnungspolitik, Hartz IV und gegen ausgrenzende Sozialpolitik ein.

Lasst uns gemeinsam die Arbeit der Partei in all ihren Nuancen im Wahlkreis entwickeln und die respektvolle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern und den Fraktionen solidarisch weiterentwickeln – lasst uns die kapitalistischen Mechanismen von arroganter Machtanmaßung, Ausgrenzung und Alleinherrschaftsansprüchen überwinden – und einen kraftvollen Wahlkampf kreativ gestalten.

Lasst uns gemeinsam mit den hier lebenden Menschen dafür kämpfen, dass der Reichtum zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung verteilt wird und wir immer stärkere Zeichen für Frieden, Solidarität und Respekt setzen können. Gerade in Anbetracht des Erstarkens der AfD ist das mehr

als notwendig. Für viele unserer Vorstellungen haben wir eine gute Resonanz oder sogar Mehrheiten in der Bevölkerung – wir müssen es nur schaffen mehr Menschen einzubinden. Das geht am besten wenn wir dazu beitragen den Demokratischen Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus zu entwickeln, als Perspektive sichtbar zu machen und durchzusetzen – und durch eine klare und aufrichtige Politik. Über Euer Vertrauen würde ich mich freuen.

Lebenslauf:

Diplom Sozialwirt/Soziologie, Musiker und Autor. 1966 in Kiel geboren.

1984-1999 u.a. Arbeit als Musiker, Industrie-Gebäudereiniger, Altenpfleger und Behinderten-assistent. 1999 Studium der Sozialökonomie/Soziologie über den zweiten Bildungsweg an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg. Seitdem Arbeit als Journalist und Autor. 2014-2015 Öffentlichkeitsreferent der Fraktion DIE LINKE Hamburg Nord.

Politisiert habe ich mich u.a. in der Auseinandersetzung um das Asylrecht 1992/1993. Seitdem intensive Arbeit im Bereich der Flüchtlingspolitik. 2001 in die PDS eingetreten. Mitglied im Hamburger Landesvorstand der PDS. Seitdem außer-parlamentarisch und für DIE LINKE u.a. als Wissenschaftlicher Mitarbeiter von

Ratschlag Schulentwicklung in Wilhelmsburg

Mittwoch, 4. September, 18 -20 Uhr

Mit **Sabine Boeddinghaus** ([bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft](#))

Claudia Wackendorff ([Zukunft Elbinsel](#))

Marinus Stehmeier ([Bezirksfraktion DIE LINKE Hamburg-Mitte](#))

Wilhelmsburg ist einer der ärmsten, am meisten vernachlässigten Stadtteile Hamburgs. Deshalb müssen die Schulen hier besonders stark gegen Ungleichheit und sozialen Druck arbeiten, muss Schulentwicklung den gesellschaftlichen Rahmen und die sozialen Folgen besonders im Blick haben.

Musik, Kultur Begegnung

Die Veddel feiert ein interkulturelles Stadtteilstadt am **31.8. und 1.9.2019**.

Die Veddeler Brückenstrasse wird zu einer Kunst, Mitmach- und Informationsmeile. Da darf DIE LINKE nicht fehlen! Die BO-Wilhelmsburg/Veddel wird mit einem politischen Infostand am Samstag ab 14 Uhr vor Ort dabei sein Teddy soll die Ge-

Bundestagsabgeordneten tätig. Während des G8 Gipfels in Heiligendamm und Castortransporten Öffentlichkeitsreferent für das Legal Team des Republikanischen Anwältinnen und Anwältevereins RAV.

Seit April 2013 im Koordinationskreis der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“. Seit 19 Jahren Teilnahme an Menschenrechtsdelegationen in den Mittleren Osten (Türkei, Kurdistan, Syrien, Irak). Intensive Beschäftigung mit Verfahren internationaler sowie alternativer Konfliktregulierung, Friedensprozessen, Wahrheitskommissionen und Traumaaufarbeitung. Beobachtungen politischer Gerichtsverfahren. Dokumentation von Kriegsverbrechen.

Autor des Buches „Der türkisch-kurdische Konflikt – Menschenrechte-Frieden-Demokratie in einem europäischen Land?“ Seit 17 Jahren Veröffentlichungen in den Zeitungen „Neues Deutschland“ und „Junge Welt“ sowie Fachzeitschriften und Fachbüchern (u.a. in „Eurovisionen - Aspekte und Entwicklungen der europäischen Repressionsarchitektur“).

Seit 2015 Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft (Sprecher für Frieden, Justiz, Wissenschaft, Europa und Vorsitzender des Eingabenausschusses)

Der Senat rechnet mit 25% mehr Schüler_innen. Wir finden: Schulentwicklung muss gemeinsam mit den regionalen Bildungsakteur_innen geplant werden. Doch das will der Senat nicht. Auf unserem Ratschlag können sich Bürger_innen und Vertreter_innen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen austauschen und einbringen. Denn Schulentwicklung ist mehr, als nur Schulplätze zu schaffen. Es geht um die Qualität von Schule und Unterricht, um das Recht der jungen Menschen auf genug Räume und Flächen. Campus-Schulen, wie auch eine in Wilhelmsburg geplant ist, sind problematisch.

Es gibt viel Diskussionsstoff. Reden Sie mit!

Ort: Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20, Hamburg-Wilhelmsburg, 21107

tränke schon kalt gestellt und Parteiprominenz ihre Teilnahme angedroht haben.

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen uns beim Infostand zu unterstützen oder auch nur vorbei zu schauen. Weitere Infos zum Veddel-Fest findet ihr unter: <https://www.veddel250.de/index.html>

Anzeige Disput/ND: **Ohne Abos keine Gegenöffentlichkeit**

In letzter Zeit haben alle Mitglieder der Partei `DIE LINKE` ein dickes Paket in ihrem Briefkasten gefunden. Darin die Mitgliederzeitschrift `Disput` und ein Exemplar von nd.DieWoche. In einem gemeinsamen Brief bitten Parteivorstand und `nd`, mit Abos die Zukunft beider Publikationen zu unterstützen. Wir befragten dazu Chefredakteur Wolfgang Hübner und Geschäftsführer Matthias Schindler von `nd`.

Frage: Was hat Euch zu dieser gemeinsamen Aktion veranlasst?

Matthias: Die Geschichte von `nd` ist eng mit der Partei `DIE LINKE.` verbunden. In den letzten Jahren hat sich deren Mitgliederstruktur spürbar verändert. Die Linkspartei ist jünger und bunter geworden. Sie verteilt sich über die gesamte Bundesrepublik. Diese Mitglieder suchen nach Informationen, Analysen und Bewertungen gesellschaftlicher Entwicklungen. Wir waren der Meinung, dass es vor diesem Hintergrund sinnvoll ist, `nd` als Teil der linken Gegenöffentlichkeit noch einmal vorzustellen.

Frage: Nun haben sich Dynamik und Möglichkeiten der Informationsbeschaffung deutlich verändert. Die gedruckte Zeitung, für die immer höhere Preise bezahlt werden müssen, ist in der Krise. Da packt ihr 32 Seiten gedruckte Worte und Bilder in einen Briefumschlag und hofft auf Resonanz?

Wolfgang: nd.DieWoche haben wir im Oktober 2018 als Reaktion auf das veränderte Leseverhalten herausgebracht. Das Wochenende bietet mehr Zeit für ausführliche Lektüre. Die Resonanz darauf war positiv. Diese Entwicklung hält bis heute an. Deshalb haben wir die Wochenendausgabe ausgewählt. Außerdem ist nd.DieWoche exemplarisch für die Themenvielfalt und den Journalismus von `nd` sowie seine Präsentation.

Frage: Trotzdem habt ihr gleich eine Hürde eingebaut. Wer mehr lesen will, muss sich anmelden und auch bezahlen. Warum habt ihr das Ganze nicht kostenfrei gemacht?

Matthias: Ganz einfach, Produktion und Zustellung einer Zeitung – ob gedruckt oder digital – kosten Geld. Da `nd` sich ausschließlich aus Verkaufserlösen finanziert, hängt seine Existenz eben davon ab, dass es nicht nur gelesen, sondern auch bezahlt wird. Darauf wollen wir von Anfang an aufmerksam machen. Wir haben jedoch für die Mitglieder ein spezielles Angebot entwickelt. 10 Wochen lang erhalten sie nd.DieWoche am Wochenende gedruckt und täglich die 5 wichtigsten Artikel als nd.kompakt digital. So können sie die Vielfalt von `nd` entdecken

und am Ende entscheiden, ob und wie es weitergeht.

Frage: Bedeutet das dann eine Entscheidung für täglich Gedrucktes im Briefkasten?

Matthias: Das wäre eine Variante. Die Mehrzahl unserer langjährigen Leser_innen liest die Zeitung auch noch so. Aber wir reagieren auf veränderte Lesegewohnheiten und die finanziellen Möglichkeiten. Wir wissen auch, dass die gedruckte Zeitung nicht überall früh zugestellt werden kann. Deshalb bauen wir digitale Angebote aus.

Frage: Also eine größere Vielfalt der Bezugsmöglichkeiten?

Wolfgang: Neben nd.DieWoche sonnabends veröffentlichen wir "neues deutschland" nach wie vor an den Wochentagen. Komplett wird das Paket mit der Wirtschaftszeitung "OXI" jeden vierten Sonntagabend und mit dem digitalen sogenannten Leftstyle-Magazin "supernova"

Frage: `nd` versteht sich als unabhängige Tageszeitung. Wie ist das Verhältnis zur Partei `DIE LINKE`?

Wolfgang: Ja, wir sind eine unabhängige Redaktion, stehen aber als linkes Blatt der Linkspartei politisch nahe. Das heißt Berichterstattung, Aufgreifen von Themen und Debatten sowie kritische Begleitung. Das ist nicht immer einfach, wenn man sich die Vielfalt der unterschiedlichen Positionen innerhalb der gesellschaftlichen Linken ansieht. Und es ist auch so, dass wir als Zeitung bemüht sind, eine möglichst große Bandbreite aktueller gesellschaftlicher und internationaler Entwicklungen abzubilden, zu informieren, zu analysieren und diese einzuordnen. In diesem Sinn leistet `nd` seit 1990 einen wichtigen aufklärerischen Beitrag zu einer linken, sozialen, solidarischen Gegenöffentlichkeit.

Matthias: Damit das so bleiben kann, haben wir uns an die Mitglieder der `DIE LINKE` mit unserem Angebot zum Abonnement gewandt und hoffen, dass es angenommen wird. In diesem Sinn freuen wir uns über Rückmeldungen, ob als Probeabo oder in anderer Form.

Internet und Social Media:

www.neues-deutschland.de/ www.nd-diewoche.de
facebook.com/neuesdeutschland/ facebook.com/nd.Soliaktion/
twitter.com/ndaktuell twitter.com/ndratgeber

Abos:

dasnd.de/ZehnfuerZehn dasnd.de/ndWocheProbe
dasnd.de/abo

Klimaaktionswoche ab 20. September

Am 20. September (12 Uhr(!) am Jungfernstieg) und an den Folgetagen sind wir alle, nicht nur SchülerInnen und StudentInnen, aufgefordert, uns an den Demonstrationen der „Fridays for Future“-Bewegung zu beteiligen.

Wir haben Antworten zu diesem Thema, die das kapitalistische System nicht ausblenden. Insofern

gibt es keinen Grund, dieses Feld den neoliberalen Parteien zu überlassen. Selbstverpflichtungen und „finanzielle Anreize“ werden das Problem nicht lösen, lasst uns das selbstbewusst vertreten.

Weg mit Hartz IV – und was dann? Alternativen und Perspektiven

10. September um 17:00-20:00, GLS Bank, Düsternstraße 10

Wer Hartz IV (bzw. Arbeitslosengeld II) bezieht, muss jeden Cent zweimal umdrehen. Von den 424 Euro im Monat müssen Kosten für Strom, Versicherungen, Fahrkarten, Kleidung, Telefon oder Medikamente bezahlt werden. Ausflüge, Kino oder Restaurantbesuche sind da nicht drin. Unvorhergesehene Zusatzkosten, wie eine neue Waschmaschine, bringen die Betroffenen in enorme Schwierigkeiten.

Wer gegen Auflagen verstößt, bekommt schnell die Leistungen gekürzt – was übrigbleibt, liegt unter dem Existenzminimum, also dem Grundbedarf für das Überleben.

DIE LINKE fordert seit langem: Weg mit Hartz IV! Wer erwerbslos ist, darf nicht in Armut gedrängt werden! Statt Hartz IV setzt sich DIE LINKE für eine bedarfsge-

rechte Mindestsicherung ein – ohne Sanktionen und Kürzungen.

Doch was kommt nach Hartz IV? Wie sähe die Versorgung der jetzigen Hartz-IV-Empfänger_innen aus, wenn es eine sanktionsfreie Mindestsicherung gäbe? Braucht es eine einheitliche Arbeitsmarktpolitik? Mit Jobcenter und Arbeitsagentur unter einem Dach? Wie steht es um Grund- und Weiterbildung? Und was heißt eigentlich „Recht auf Arbeit“?

Darüber diskutieren **Dr. Carola Ensslen**, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, **Prof. Matthias Knuth** (Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen) und weitere Expert_innen. Kommen Sie dazu, bringen Sie sich ein! (gekürzt, red.)

5. Mietenpolitischer Ratschlag. Mietenanstieg stoppen, Spekulation bekämpfen!

28. September um 11:00-17:30 Uhr, Rathaus

Mit den Massendemonstrationen der vergangenen Monate ist eine neue Mietenbewegung auf den Plan getreten. Alternativen zur vorherrschenden, investoren- und eigentümerfreundlichen Wohnungspolitik liegen auf dem Tisch. Auf dem Weg zum guten und bezahlbaren Wohnen für alle sind aber auch noch Fragen offen: Wie können das Wohnen demokratisiert, die Rechte der Mieter*innen gemeinsam durchgesetzt und der Klimaschutz vorangebracht werden? Was tun gegen Spekulation und Geldwäsche und zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit?

DIE LINKE. im Bundestag und die DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft laden ein zum **5. Mietenpolitischen Ratschlag**, um parlamentarische und außerparlamentarische Kräfte zu vernetzen und für eine Kehrtwende in der Wohnungspolitik zu bündeln.

Eine **Anmeldung** ist bis zum 25. September 2019 über unsere Homepage <https://www.linksfraktion.de/termine> oder per E-Mail an veranstaltung@linksfraktion.de mit dem Betreff »Mieten« erwünscht.

Eine Übersetzung in **Gebärden- oder Schriftsprache** ist möglich, sofern der Bedarf bis 12. September 2019 angemeldet wird.

Programm

11 – 13 Uhr **Alle Macht den (Mieter*innen-) Räten! – Mitbestimmung, Selbstorganisation, Mieterstreik?**

Begrüßung

Caren Lay, MdB, Stellvertretende Vorsitzende und Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Heike Sudmann, MdHB, Stellvertretende Vorsitzende und Sprecherin für Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik der Fraktion DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft

Podiumsdiskussion

Dr. Rolf Bosse, Mieterverein zu Hamburg (Deutscher Mieterbund)

Marie Schubenz, Mieterrätin Neues Kreuzberger Zentrum, Berlin

N.N., Bündnis Kommunal und Selbstverwaltet Wohnen, Berlin

Lukas Tockner, Arbeiterkammer Wien

Moderation: **Caren Lay**

13 – 14 Uhr **Mittagspause**

14 – 16 Uhr **Austausch in drei Arbeitsgruppen**

I. Wohnen darf keine Ware sein – Mittel gegen Spekulation und Geldwäsche im Immobiliensektor

Fabio De Masi, MdB, Stellvertretender Vorsitzender und Sprecher für Finanzpolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Dr. Laura Calbet i Elias, Stadtforscherin am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung Erkner

Rouzbeh Taheri, Deutsche Wohnen & Co. enteignen, Berlin

Moderation: **Victor Perli**, MdB

II. Mit Klimaschutz gegen den Mietenwahnsinn?

Sozial und ökologisch modernisieren

Paula Brandmeyer, Deutsche Umwelthilfe

Lukas Tockner, Arbeiterkammer Wien

N.N., Mieterinitiative Steilshoop, Hamburg

Moderation: **Lorenz Gösta Beutin**, MdB

III. Wohnungslosigkeit beenden

Andrea Hniopek, Caritas Hamburg

Corinna Müncho und **Sebastian Böwe**, Housing First, Berlin

Cansu Özdemir, MdHB, Vorsitzende und Sprecherin für Soziales der Fraktion DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft

Matthias Sell, Verkäufer der Straßenzeitung Hinz und Kunzt, Hamburg

Moderation: **Cornelia Möhring**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag 16 – 16.30 Uhr Kaffeepause

16.30 – 17.30 Uhr **Abschlusspodium**

Mietendeckel, Enteignung, bundesweite Bündnisse – Wege zu einer sozialen Wohnungspolitik

Dr. Andrej Holm, Humboldt-Universität zu Berlin

Caren Lay

Heike Sudmann

Rouzbeh Taheri

Moderation: **Žaklin Nastic**, MdB

Termine in (und für) Mitte

Sonntag, 01.09., ab 11 Uhr

Antikriegstag, Theater am Kriegsklotz,
Demo ab 13 Uhr (siehe auch Augustausgabe)

Montag, 02.09., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Montag, 02.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 04.09. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Dienstag, 10.09., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 16.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 18.09., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 19.09., 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Caffamacherreihe 1-3, 11.OG

Freitag, 20.09., 12 Uhr

Klimademo ab Jungfernstieg (s.S. 10)

Oktober

Mittwoch, 02.10. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Montag, 07.10., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Montag, 07.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 08.10., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 16.10., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Montag, 21.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils
von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet
Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Maurizio Kosinski		
Jürgen Olschok (Schatzmeister)		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX